

KW 08 Kapitel 08 - Demokratie – für echte Bürger*innenbeteiligung

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 17.01.2019

Text

972 Wir leben in Zeiten, in denen ein Teil der Bevölkerung das Gefühl hat, politisch
973 nicht mehr vertreten zu werden. Uns ist es wichtig, diesem Gefühl nicht weniger,
974 sondern mehr Demokratie entgegenzusetzen und Gestaltungsmöglichkeiten im
975 demokratischen Rahmen aufzuzeigen und auszuweiten.

976 Bürger*innenbeteiligung ersetzt dabei nicht die Entscheidungen des demokratisch
977 gewählten Stadtrates, sondern bereichert diese mit Sachverstand und Ideen. So
978 stehen der Bevölkerung auch in Magdeburg kommunale Beteiligungsmöglichkeiten zur
979 Verfügung, wir wollen an diesen ansetzen und sie weiter ausbauen. Ein gutes
980 Verhältnis von Bürger*innenschaft, Verwaltung und Politik kann dabei durch
981 Bürger*innenbegehren und -entscheide gestärkt und gefestigt werden, ein Regieren
982 über die Interessen der Bevölkerung hinweg, sehen wir nicht als förderlich an.

983 Die Aufbereitung von wichtigen Informationen für die Bürger*innen als
984 Voraussetzung für Beteiligungsprozesse erfordert jedoch auch sichere
985 Datenerfassung und sicheren Datenschutz. Beim Datenschutz geht es nicht um den
986 Schutz von Daten, sondern um den Schutz von Bürger*innen und den
987 verantwortungsbewussten und sorgsamem Umgang mit ihren Daten.

988 Wir wollen:

- 989 • Bürger*innenbeteiligung verbindlich in einem gesamtstädtischen Konzept
990 verankern und politisch verabschieden. Dieses ist in Form von Leitlinien
991 so auszurichten, dass die Mitwirkung verschiedener Akteursgruppen auf
992 abgestimmten, verbindlichen Grundregeln basiert.
- 993 • eine Anerkennungskultur für Bürger*innenbeteiligung und neue Formen der
994 Würdigung und Wertschätzung durch Kommunalpolitik und Verwaltung befördern
- 995 • die Organisation, die Kompetenzen und das Management für
996 Bürger*innenbeteiligung, auch für

- 997 E-Partizipation, mit Personalressourcen und Sachmitteln in der
998 Kommunalverwaltung ausweiten.
- 999 • bisher unbeteiligte Bevölkerungsgruppen für Beteiligungsprozesse
1000 interessieren und einbeziehen und dafür Online-Elemente (E-Partizipation)
1001 als Bestandteil von Beteiligungsverfahren einsetzen
- 1002 • Erfahrungen aus der Gemeinwesenarbeit für die Ansprache und Aktivierung
1003 von beteiligungsungewohnten Gruppen durch niedrigschwellige
1004 Beteiligungsangebote nutzbar machen
- 1005 • die Gemeinwesen-Arbeitsgruppen (GWA) in ihren Kompetenzen stärken und mit
1006 einem eigenständigen Antragsrecht im Stadtrat aufwerten
- 1007 • die Stärkung und, in geeigneten Stadtteilen, die Neuschaffung von
1008 Ortschaftsräten
- 1009 • in der Stadtverwaltung eine zentrale hauptamtliche Stelle schaffen, um die
1010 Bürger*innenbeteiligung zu koordinieren und ihre Instrumente und Verfahren
1011 mit entsprechend geschultem Personal zu begleiten
- 1012 • einen Kinder- und Jugendrat ins Leben rufen
- 1013 • Beteiligungsformen und Mitbestimmung in städtischen Einrichtungen fördern
- 1014 • die Benutzung von personenbezogenen Daten auf das notwendige Maß
1015 beschränken
- 1016 • einen jährlichen Bericht der*s kommunalen Datenschutzbeauftragten für den
1017 Stadtrat, um eventuelle Fehlentwicklungen in Magdeburg frühzeitig zu
1018 erkennen und gegenzusteuern
- 1019 • bei der Wahl neuer Dezernent*innen Personen durchsetzen, die engagiert und
1020 ideenreich die gesamte Bandbreite ihres Fachgebietes beachten

1021 Transparenz in Verwaltung und Stadtrat

1022 Wirkliche Transparenz entsteht erst dann, wenn für die Bürger*innen das Handeln
1023 des Stadtrats und der Verwaltung durch Zugänglichkeit zu den maßgeblichen
1024 Informationen lückenlos nachvollziehbar und überprüfbar ist. Wir GRÜNE stehen zu
1025 unserer Verantwortung und setzen uns ein für echte Transparenz und Offenheit in
1026 der Politik und wollen auch die Verwaltung im Sinne des „Open Government“
1027 reformieren und weiter öffnen. Ein erster Schritt war die online Liveübertragung
1028 der Stadtratssitzungen, die mit von uns GRÜNEN initiiert wurde.

1029 Wir wollen:

- 1030 • eine Ausweitung der Bereitstellung von OpenData: öffentliche Daten, die
1031 der Bürger*innenschaft gehören. Die Informationen sollen auf
1032 unterschiedlichen Kanälen zur Verfügung gestellt werden, wobei die Auswahl

- 1033 der Medien auf die verschiedene Zugangsmöglichkeiten und Medienkompetenzen
1034 der Bürger*innen abgestimmt sein muss.
- 1035 • die Installation von Informationsterminals im Rathaus und in den
1036 Stadtteilen mit Zugang zu den maßgeblichen Daten(-banken), damit auch
1037 Menschen ohne Computer-Zugriff auf die dort veröffentlichten Daten haben
 - 1038 • ein einfaches Abrufen von öffentlichen Informationen zu Sitzungen,
1039 Beschlüssen und Protokollen aus dem Stadtrat, z.B. via Smartphone
 - 1040 • eine zentrale Vorhabenliste auf der Internetseite der Stadt, auf der sich
1041 die Bürgerschaft frühzeitig über geplante Vorhaben/Projekte, unterteilt
1042 nach Stadtteilen, informieren kann. Dies ist besonders wichtig für
1043 Großprojekte und muss umfassende Informationen und Unterlagen enthalten.